

Deutschland und Europa

Geschichtliche Grundlagen und Perspektiven

von

Prof. Dr. Karl Möckl

Lehrstuhl für neuere und neueste Geschichte unter Einbeziehung der Landesgeschichte
Otto-Friedrich-Universität Bamberg

- 1 Das Alte Reich und die europäischen Staaten**
- 2 Nation und Staat der Deutschen**
- 3 Das Ende der "Weltgeschichte Europas" und die Teilung Deutschlands**
- 4 Die Wende von 1989**
- 5 Die politische Integration Europas als Aufgabe**

... jene schmerz dunkle Frau aber, schwarz gekleidet und mit zerrissenem Schleier, und all ihrer Edelsteine und ihres Schmuckes beraubt, ist die unglückliche Europa, welche schon so viele Jahre lang Raub, Schmach und Elend erduldet, die für jeden so tief spürbar sind, daß es nicht nötig ist, sie näher anzugeben. Ihr Symbol ist der Globus, der von einem kleinen Engel oder Genius getragen wird, mit dem Kreuz darüber, das die christliche Welt bedeutet." So deutet Peter Paul Rubens sein berühmtes Bild "Die Folgen des Krieges" in einem Brief vom 12. März 1638 an Juste Suttermans (Lescourret 1990, 240). Als politisches Bild ist es in Aussage und Dramatik nur mit Picassos Gemälde "Guernica" von 1937 vergleichbar. Hier die Vision vom Untergang der christlich-katholischen, universalen Reichsidee. Dort der Widerstand gegen den Totalitarismus Hitlers, dessen kulturevolutionäre Kampfparole der "Entarteten Kunst" dazu beitragen sollte, den politischen Herrschaftsanspruch über Europa durchzusetzen (Spies 1993, 12). Europa ließ, wie immer in seiner Geschichte, eine Großreichsbildung nicht zu und bewahrte seine politische Vielfalt. Die Einheit blieb ein Traum bis die bipolare Weltordnung und die Dynamik der industriell-technologisch begründeten globalen Zivilisation die wirtschaftliche und politische Integration in den Bereich des Möglichen rückte.

1 Das Alte Reich und die europäischen Staaten

Das Heilige Römische Reich des Mittelalters wurde zu keiner Zeit dem politischen Anspruch der Großreiche der Antike, Chinas oder des Islam gerecht. Die verschiedenen Integrationsversuche zeigen, daß kulturelle, gesellschaftliche und herrschaftliche Vielfalt immer bestand. Gleichwohl waren die Kaiser Karl der Große und noch Karl V. von der Aufgabe getrieben, der europäischen Pluralität eine politische Form verleihen zu können. Das Christentum römischer Prägung sollte für alle Teile die verbindenden Werte bereitstellen. Karl der Große hatte Erfolg und wird als "Vater Europas" gerühmt. Karl V. scheiterte. Mit Reformation und Dreißigjährigem Krieg beschritt Europa den Weg der Mediatisierung und wurde zur politisch-kulturellen Idee. Im europäischen Rahmen setzten sich Staat und Nation als neue Formkräfte mit Nachdruck durch, erst in Westeuropa und schließlich auch in der Mitte und im Osten des Kontinents. In dem Rubens mit seinem obengenannten Bild diese Lage Europas vergegenwärtigte, verdichtete er den Umbruch seines Zeitalters, den Beginn der Neuzeit.

Der Dreißigjährige Krieg bewirkte nicht nur eine "Traumatisierung" großer Teile der mitteleuropäischen Bevölkerung (Imhof 1984, 101); er war in gleicher Weise ein Staatsbildungskrieg, der zur Umgestaltung der politischen Ordnung Europas führte (Burkhardt 1992, u.a. 10, 63, 178). Bis zum Westfälischen Frieden von 1648 beeinflussten Religion und Konfession das internationale politische Handeln nachhaltig. Sie verlieren nun in einem sich verstärkenden Säkularisierungsprozeß an Bedeutung, wirken aber im innerstaatlichen Bereich gestaltend auf die sich herausbildenden nationalen Identitäten. Im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation werden Bi- bzw. Multikonfessionalismus und territoriale Beharrungskraft zu grundlegenden, sich ständig gegenseitig beeinflussenden Elementen der geschichtlichen Entwicklung. Es zeichnet sich die Europaidee der Neuzeit ab, die ihre Einheit aus der Pluralität empfängt. Eine umfassende Buch- und Zeitschriftenliteratur legt Zeugnis von den Diskussionen um den "corps politique de l'Europe" und den "Tableau spéculatif de l'Europe" ab (Gollwitzer 1951, 168).

Das Staatensystem Europas folgt nun Gesetzen der Macht und des Interesses, der Staatsraison. Gleichgewicht und Hegemonie werden zu Maximen der Politik (Meinecke 1963, Duchhardt 1976). Auch wenn durch die Stellung der Kirchen noch von einem christlichen Europa gesprochen werden muß, das in Zeichen äußerer Gefahr, wie den Türkenkriegen, allgemein wurde, so ist die christliche Welterklärung durch den Einbruch der Vernunft, der Zentralisierung und der Rationalisierung nicht mehr allein verbindlich. Die Durchsetzung der Souveränität im innerstaatlichen Bereich versprach nicht nur den Frieden, sondern auch das Recht zu gewährleisten. Idealtypischen Charakter für die Verhältnisse in Europa haben die in England durch Thomas Hobbes im Zusammenhang mit der Englischen Revolution ausgelösten kontroversen Diskussionen um die Mitte des 17. Jahrhunderts (Metzger 1991).

Das Heilige Römische Reich blieb ein Kosmos von Herrschaften, "Klein-Europa", eine föderale Ordnung, wohl zu Rechtsschutz für Untertanen und Korporationen, Toleranz und zur Wahrung "alter deutscher Freiheit", aber nicht zu ausgreifender Politik fähig. Den Weg zum modernen Staat beschritten die mittleren und großen Territorien. Kennzeichnend für diese Entwicklung ist der Aufstieg Preußens, das in einem bis zum Deutschen Krieg von 1866 andauernden Dualismus mit Habsburg dazu beitrug, die Mitte Europas zu neutralisieren. Eine aktive Rolle, wie sie zuletzt im Zeitalter Karls V. und Lu-

thers deutlich geworden war, spielte das Reich auf lange Zeit nicht mehr. Es wurde gleichsam "entpolitisiert" (von Aretin 1986, 50; Duchhardt 1990, 3). Unbestritten war der katholische Universalismus bis zur Säkularisation 1803 verfassungspolitisch konstitutiv und im Habsburger Reich noch bis 1918 von Bedeutung. Deutschland als Ganzes zog daraus keine Kraft mehr. Es war Objekt der Geschichte geworden. In der eskapistischen Figur des deutschen Michels, wie er in der Sprichwörtersammlung von Sebastian Franck 1541 zum ersten Mal genannt wurde, setzte sich die Vorstellung vom apolitischen Deutschen nunmehr durch. Die deutsche Frage hat seither eine Dimension der Einheit wie der Identität. Die eine Seite des Problems bewegt eher die Nachbarn der Deutschen, die andere die Deutschen selbst.

Moskau, das nach dem Fall Konstaninopels 1453 in die Rolle des "dritten Rom" geschlüpft war, gewann als geistliches Zentrum Rußlands und in der Aufgabe der "Sammlung der russischen Lande" ein neues Selbstverständnis (Döpmann 1967, 22; Schaefer 1957, 68, 76 f.; Jedin, Bd. V, 1970/85, 206). Aber erst mit Peter dem Großen schaltete sich das Land in das europäische Geschehen ein. Symbol dieser Öffnung nach Westen wurde das 1703 gegründete Sankt Petersburg. Die Sieger im Dreißigjährigen Krieg, Frankreich und Schweden, entwickelten ebenso wie das Osmanische Reich hegemoniale Neigungen, wobei sich ihre aggressiven Absichten in erster Linie auf die Mitte Europas richteten. Aber weder Schweden noch die Türkei besaßen die Machtmittel, um ihren hegemonialen Ambitionen Dauer verleihen zu können. Allein Frankreich gelang es, durch das Niederringen Spaniens seine Vormachtstellung zu festigen und seit Ludwig XIV. eine ungenierte Eroberungspolitik zu betreiben. England bot mit wechselnden Allianzen im Sinne seiner Doktrin des Gleichgewichts, der *balance of power*, der französischen Hegemonialpolitik Einhalt. Gleichwohl wurden Frankreich und England in ihren politischen Ordnungen und mit ihrem kulturellen Anspruch zu Vorbildern Europas, besonders auch für die deutschen Fürsten.

2 Nation und Staat der Deutschen

Das Heilige Römische Reich deutscher Nation nahm als Subjekt des Völkerrechts am internationalen Leben teil, ein "Staat der Deutschen" wurde es nicht. Seine Verfassung erwies sich als nicht reformierbar. Der Reichspatriotismus, wie er sich seit dem 16. Jahrhundert entwickelte, war zunächst eine Sache der Intellektuellen, wobei im 17. Jahrhundert in den publizistischen Erörterungen "der Rückzug von universellen Positionen des Mittelalters auf eine nationale Identität" erkennbar wird. Die aus dem Geist der Aufklärung geborene bürgerliche Öffentlichkeit verleiht dem Reichspatriotismus am Ende des 18. Jahrhunderts neuen Glanz. Auch wenn die Impulse kaum im politischen, viel stärker im kulturellen Raum feststellbar sind, so vermittelt dieser "Aufbruch zu einem neuen 'National-Geist'" doch ein Bild vom kollektiven Selbstverständnis der Deutschen (Hammerstein 1979, 335; Stolleis 1988, 13).

Die Wirkungen der Französischen Revolution von 1789 und die napoleonische Flurbereinigung der politischen Landkarte Europas führten 1804/06 zum Untergang des Alten Reiches. Das nationale Selbstverständnis lebte in verschiedenen Formen fort. Das Reich, seiner politisch-territorialen Grundlage beraubt, wurde zum politischen Mythos oder zu einer freien Idee, die künftig von den Romantikern ebenso wie von Bismarck, der Weimarer Republik oder von Hitler in Anspruch genommen werden konnte. Das moderne natio-

nal-staatliche Denken verwirklichte sich durch die Verbindung mit dem Konstitutionalismus in der "Bürger nation". Sie gewann ihre politische Gestalt während der Reformepoche in einer Vielzahl souveräner Einzelstaaten, die den Wandel von Alteuropa zur modernen Welt bewirkten (Koselleck 1992, Kap. IX; Möller 1989, 661). Gleichwohl wurde die "Bürger nation" nicht nur im Deutschen Bund, sondern auch im zweiten deutschen Kaiserreich vom "Fürstenstaat" bedrängt.

An Deutschland als Kulturgemeinschaft zweifelte niemand. Dagegen wurde die Frage nach einer politischen Nation der Deutschen bis in unsere Tage sehr unterschiedlich beantwortet (Dann 1993, 22, 53). Welche Gestalt sollte ein einiges Deutschland haben? Für die Deutschen ging es um die Errichtung eines lebensfähigen Nationalstaates oder - nach 1945 - um dessen Wiederherstellung. Die europäischen Nachbarn verbanden mit diesem Wunsch, auch wenn sie ihn für berechtigt hielten, die Forderung nach der Sicherheit vor Deutschland. Das Spannungsverhältnis zwischen diesen beiden Standpunkten auszugleichen, gelang der deutschen Politik nicht oder nur mit sehr großer Mühe. Ein starkes Deutschland beunruhigte Europa allein schon durch seine geographische Mittellage. Vor allem die französische und englische Öffentlichkeit sahen und sehen in der ständigen Versuchung einer Schaukelpolitik zwischen Ost und West "das Verhängnis der deutschen Historie". Napoleon, der den Traum einer französischen Hegemonie über Europa mit Hilfe der nationalen Religion der Revolution schon verwirklicht hatte, scheiterte an seinem von cäsaristischen Vorstellungen geprägtem Ehrgeiz und an der englischen Politik eines europäischen Gleichgewichts ebenso wie an der Weite Rußlands. Die Grande Armée eroberte 1812 Moskau, ging aber dennoch unter. Die revolutionäre Kraft der deutschen Nationalbewegung besiegelte in den Freiheitskriegen von 1813 zwar den Sturz Napoleons, aber die Ordnung Deutschlands geschah auf dem Wiener Kongreß von 1814/15 in gleicher Weise wie die Neugestaltung Europas, nämlich, ohne liberalen oder nationalen Forderungen Rechnung zu tragen. Der kämpferischen Feststellung des preußischen Reformers, des Freiherrn vom Stein "Ich habe nur ein Vaterland, das heißt Deutschland" setzte der österreichische Staatsmann Fürst Metternich melancholisch-abgeklärt seine Erfahrung entgegen "Für eine lange Zeit hat Europa für mich die Eigenschaft eines Vaterlandes gehabt" (Stein 1933, 166; Kissinger 1973, 377). Der Deutsche Bund war ein Staatenbund, der sich durch den Dualismus zwischen Preußen und Österreich selbst in Schach hielt. Die machtpolitisch neutrale Mitte Europas kam den Interessen der europäischen Mächte, besonders den hegemonialen Flügelmächten Rußland und England, aber auch dem besiegten Frankreich entgegen. So erlebte die deutsche Nationalbewegung eine herbe Enttäuschung. Die deutsche Einheit blieb eine Utopie. Im Unterschied zu Frankreich definierte sich die Nation nicht subjektiv-politisch, sondern im Sinne Johann Gottfried Herders nach den objektiven Kriterien der Sprache, der Geschichte und der Volkszugehörigkeit. Die bürgerliche Öffentlichkeit verstärkte und entwickelte in all ihren Erscheinungsformen, der Presse, der Literatur, des Vereinswesens, der Vorformen politischer Parteien, nicht nur das deutsche Gemeinschaftsgefühl, sondern hielt auch die Sehnsucht nach der politischen Nation lebendig (Schulin 1992, 109). Die Grenzfrage, wie weit sollte "des Deutschen Vaterland" reichen, spielte ebenso eine zentrale Rolle wie Probleme der nationalen Identität.

Die Männer der Revolution von 1848 wühlten die Probleme der Demokratie und der Grundrechte so nachhaltig auf, daß sie übersahen, daß nur mit freiwilliger oder erzwungener Zustimmung der europäischen Hegemonialmächte ein deutscher Nationalstaat zu schaffen war. Das Scheitern dieses Bemühens enttäuschte und ernüchterte die Idealisten. Schwerwiegender aber sollte sich auswirken, daß damit auch ein Teil der freiheitlichen

politischen Visionen verloren ging. Ersatz für die nationale Einheit, die ein Parteien und gesellschaftliche Gruppen umfassendes Selbstbewußtsein zum Ausdruck bringen konnte, bot der wirtschaftliche Erfolg. Der Deutsche Zollverein von 1834 stellte ein größeres einiges Deutschland vor. Durch die industrielle Revolution wurde diese Einheit real, war nicht mehr utopisch. Hier lagen auch die Chancen, anderen europäischen Staaten überlegen zu werden. Nationalökonomie und Technik gewannen einen hohen Stellenwert (Schiera 1992).

Als Otto von Bismarck 1870/71 das zweite deutsche Kaiserreich in den Sattel hob, bezeichnete der englische Staatsmann Disraeli diesen Vorgang als eine Revolution, die an Bedeutung jene von 1789 in Frankreich übertreffe. Dieser erste deutsche Nationalstaat war als Wirtschafts- und Wissenschaftsnation hochmodern und zeigte nicht nur im Wahlrecht zum Reichstag Ansätze zu einer nationalen Demokratie. Dies betonte Wilhelm Liebknecht: "Das allgemeine Stimmrecht hat mit Millionen von Wurzelfasern das deutsche Reich festwurzeln lassen im deutschen Volke. Wenn das Reich jetzt stark ist, so ist es das kraft des allgemeinen Wahlrechts, kraft des Prinzips der Volkssouveränität" (Dann 1993, 181). Zum ersten Mal seit dem Westfälischen Frieden von 1648 folgte das europäische Mächtesystem anderen Gesetzen. Die Stärke Deutschlands in der Mitte Europas verlieh ihm zwar keine hegemoniale, aber eine "halb-hegemoniale" Stellung. Die nationale Identität wies gleichwohl Risse auf. Der Kulturkampf, die Auseinandersetzungen mit der liberalen Reformbewegung, die Politik gegenüber den nichtdeutschen Minderheiten und das Sozialistengesetz sind Zeichen dafür, daß es zu keinem nationalen Konsens kommen konnte. Die Nationalisierung des politischen Lebens wirkte wie die egalitäre "nation une et indivisible" nicht nach innen, sondern war im Gegenteil durch die Kreation einer nationalen Integrationsideologie darauf gerichtet, von innenpolitischen Gegensätzen vielfach mit Hilfe von Feindbildern auf außenpolitische Konflikte und koloniale Ziele abzulenken. Den "sacro egoismo" oder den "nationalisme intégral", wie ihn Charles Maurras, der Mitbegründer der Action Française, nannte, als ein Instrument der Beeinflussung der Massen gab es in allen europäischen Staaten (Lemberg I, 1964, 195). Im Deutschen Reich aber gewann er an Explosivität, da dieses als Nationalstaat, abgesehen von den Forderungen radikaler Reformen, selbst nach Vorstellungen des bürgerlichen Liberalismus nach innen unvollendet war.

Die Generation der Jahrhundertwende wandte sich gegen den Realismus und Materialismus der Gründerväter, die das Reich aufgebaut hatten. Sie suchte in einer romantischen Wende die nationale Identität in der Weltpolitik. Der junge Kaiser Wilhelm II. verlangte für Deutschland einen "Platz an der Sonne" und Einlaß in den Kreis der imperialistischen Mächte. Die sich abzeichnende Kette von Krisen im europäischen Staatensystem führte nicht zwangsläufig, aber doch tatsächlich auf dem Hintergrund eines sich ständig steigenden nationalen Selbstbewußtseins der europäischen Nationen zu einem schließlich nicht mehr lokalisierbaren Konflikt, den des Ersten Weltkrieges. Für Deutschland war der "Griff nach der Weltmacht" ebenso vergeblich wie die nationale Integration durch die gemeinsame Bewährung im Kampf. Die Niederlage wurde zur Apokalypse, das nationale Selbstwertgefühl so sehr getroffen, daß hier eine der Wurzeln für die totalitäre Überspitzung des deutschen Nationalismus im 20. Jahrhundert liegt.

3 Das Ende der "Weltgeschichte Europas" und die Teilung Deutschlands

Der Versailler Friedensvertrag von 1919 bürdete Deutschland die Kriegsschuld und die Kriegskosten auf, zerstörte aber seine territoriale Großmachtstellung in der Mitte Europas nicht, legte trotz allem den Keim für ihre Wiederherstellung. Kriegsnot, Inflation und Wirtschaftskrise offenbarten die Widersprüche in der deutschen Gesellschaft der Weimarer Zeit. Das Industriesystem setzte sich weiter durch, aber weder die Verfassungs-, noch die Staats- oder die Gesellschaftsordnung konnten mit dauerhaftem Konsens rechnen. Radikalität und Aggressivität in der Politik nahmen durch die Feindseligkeit der internationalen Ordnung zu. Die Parteien der Weimarer Koalition, Zentrum, bürgerlich-liberale Demokraten und Sozialdemokraten, verloren an Ansehen und Einfluß, damit die Republik. Die Nationalsozialisten sahen im Wertesystem der Industriegesellschaft den Grund für die bestehenden Krisen. Die Zwänge europäischer Politik deuteten sie wohlfeil als ein Unterdrückungssystem gegen Deutschland. Als Drahtzieher machte Hitler die Juden aus.

Der Ruf nach den Vereinigten Staaten von Europa eines Grafen Coudenhove-Calergi, Leo Trotzki oder Aristide Briand - unter welchen politischen oder ideologischen Vorzeichen er auch immer ertönte - verhallte ungehört. Die simplen Propagandaparolen der Nationalsozialisten überdeckten nicht nur die großen Erfolge der Weimarer Republik, der es immerhin gelungen war, Deutschland in das Konzert der Mächte zurückzuführen und die Reparationsfrage zu lösen, sondern wandelten das nationale Denken in einen radikalen Totalitarismus. Die durch Krieg und Judenvernichtung rassistische Übersteigerung des Nationalismus im Hitlerregime sollte künftig jeder Diskussion um die deutsche Identität eine nicht mehr wegzudenkende moralische Dimension geben. Der deutsche Nationalismus wurde "entlegitimiert" (Lepsius 1989, 247).

Der Hybris eines totalen nationalen Anspruchs folgte 1945 nach Niederlage und Zusammenbruch die radikale Wende. Eine "kritische Generation" wandte sich gegen jegliche Form nationaler Machtstaatsvorstellungen und begeisterte sich für die Idee Europa (Lipgens 1977; Loth 1990).

Konrad Adenauer sah den stärksten Schutz der Freiheit der Deutschen in der Freiheit der atlantischen Gemeinschaft und betrieb eine Politik der westeuropäischen Integration. Sein innerparteilicher Kritiker Jakob Kaiser scheiterte mit seinen nationalen Plänen ebenso wie der Oppositionsführer, der Sozialdemokrat Kurt Schumacher oder Gustav Heinemann (Allemann 1956, 274). Die deutsche Frage wurde wieder, wie zu Beginn des 19. Jahrhunderts, im Sinne Europas beantwortet. Der Teilung Deutschlands folgte schließlich die Gründung zweier deutscher Staaten bei Abtrennung von Gebieten für Polen und für die Sowjetunion. Das zweigeteilte Europa nahm diese Lösung an. Der Westen und der Osten, jeder hatte sein eigenes Deutschland, wobei Deutschland als Ganzes schwach war und für die europäischen Staaten keine Gefahr darstellte. Kaum jemand bestritt den Deutschen das Recht auf staatliche Einheit. Gleichzeitig aber rechtfertigten die europäischen Nachbarn den Zustand der Teilung damit, daß sie die entstandene Lage nicht beabsichtigt hätten und daß die Folgen des Kalten Krieges unabänderlich seien und schließlich die Interessen der Europäischen Gemeinschaft auch und vor allem durch den Willen der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland Vorrang genössen. Die Überzeugungskraft dieser fadenscheinigen Beweisführung war so groß, daß sich die Deutschen in ihr Schicksal fügten und daß die Europäer in Ost und West die Vorteile der deutschen Zweistaatlichkeit gerne

hinnahmen. Vor allem die jüngere Nachkriegsgeneration in der Bundesrepublik fand sich seit Mitte der 60er Jahre mit der Teilung als Selbstverständlichkeit ab und suchte die Einheit der Nation höchstens durch ein "Mehr an Kommunikation", wie es Heinrich August Winkler formulierte, aufrecht zu erhalten. Möglichkeiten politischer Umgestaltung faßten in erster Linie Angehörige jener Generation ins Auge, die selbst noch bewußt den Wandel der Kriegs- und Nachkriegszeit erlebt hatten, so Helmut Kohl, Hans-Dietrich Genscher und Willy Brandt.

4 Die Wende von 1989

Die politische Lage Europas änderte sich 1989 grundlegend. Die Sowjetunion gab die DDR frei, erklärte das Experiment des Kommunismus für beendet und löste das dualistische Weltsystem, soweit es noch bestand, auf. Die deutsche Frage wurde wie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Sinne Otto von Bismarcks beantwortet. Die Einheit, auch des erneut verkleinerten Deutschlands, bedeutet, daß die Mitte wieder stark und Deutschland die führende Macht in Europa werden kann. Im Unterschied zum zweiten deutschen Kaiserreich ist die neue Bundesrepublik allerdings von westlichen politischen Werten durchdrungen und in die politische Ordnung des Westens fest integriert. Für die Zukunft Deutschlands und Europas ergeben sich Chancen und Gefahren. Es ist die Stunde der Politik. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bestanden zu keiner Zeit mehr Gestaltungsmöglichkeiten. Die allseits erkennbaren Befürchtungen unserer Nachbarn gilt es ernst zu nehmen. Es bedarf einer Politik des weiten Blicks, nicht des kurzen Atems.

Die Bürger der DDR standen unter der 40jährigen Vormundschaft des totalitären kommunistischen Systems. Orientierungspunkte für ihr Selbstverständnis war das Vorbild Bundesrepublik Deutschland einerseits und die Rolle der Sowjetunion als Herrschafts- sowie Hegemonialmacht andererseits. Von den Entwicklungen in Westeuropa blieben sie ausgeschlossen. Der Glaube, als Deutsche zweiter Klasse behandelt zu werden, könnte durch Rückkoppelung eines vorhandenen wirtschaftlichen und sozialen Krisenbewußtseins wieder zu einem übersteigerten Nationalgefühl führen. Die Verpflichtung, sich die europäische Komponente der deutschen Einigung bewußt zu machen, ist geeignet, dieser Tendenz entgegenzuwirken. Aber es ist auch eine Aufgabe aller Deutschen, denn zu Selbstgefälligkeit besteht in der alten Bundesrepublik kein Anlaß. Die aufwühlenden Kontroversen um die polnische Westgrenze, den Charakter der NS-Verbrechen, die Bewertung der Stasi-Bespitzelung und die Form des Asylrechts legen davon Zeugnis ab. Über alle Probleme hinweg wird sich das nationale Identitätsgefühl der Deutschen verstärken. Die sich mit Begriffen wie "Verfassungspatriotismus", "postnationale Demokratie unter Nationalstaaten" oder "sozialistisches Vaterland" verbindenden Zielvorgaben werden an Bedeutung verlieren oder werden keine Bedeutung mehr haben. Ein nationaler Mythos konnte mit all dem nicht begründet werden. Das Provisorium Bundesrepublik Deutschland ist mit der Nachkriegszeit ebenso zu Ende gegangen wie das Experiment Deutsche Demokratische Republik (Sternberger 1982; Bracher 1986, 406).

Für die Normalisierung des deutschen Nationalbewußtseins ist das westeuropäische Erbe von allergrößter Bedeutung. Alle wesentlichen Gruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland wollten die Gemeinschaft der westlichen Staaten. Sie entschieden sich mit überwältigender Mehrheit für die politischen Werte des Westens, nicht für einen veralte-

ten Nationalismus, sondern stellten Europa über den nationalen Egoismus. Das Staatsziel der Bundesrepublik Deutschland war nie Macht, sondern Vorrang des Interessenausgleiches mit den anderen Staaten. In vierzig Jahren hat unsere Republik bewiesen, daß sie zur Gemeinschaft der westlichen Staaten im geistigen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Sinne gehört. Die Politik der Bundesregierung - "Wir wollen nicht ein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland" - drückt diesen Tatbestand nach wie vor aus. Es muß auch allen bewußt bleiben, daß die deutsche Wiedervereinigung nur durch die Überwindung der Spaltung Europas ermöglicht wurde. Die europäische Dimension der deutschen Einheit bedarf, wenn die deutsche Politik glaubwürdig sein soll, der Ergänzung durch das nachhaltige Bemühen um die Verwirklichung einer nationalen Republik. Die von Gordon A. Craig und Michael Wolffsohn gebrauchten Begriffe "konstruktiver Patriotismus" und "innerer Nationalismus" beflügeln die Diskussion, machen aber auch viele Mißverständnisse deutlich. Die Verfassungsreformdiskussion berücksichtigt die daraus folgenden Notwendigkeiten nur ungenügend. Sie ist in Teilen dazu geeignet, auch den "europäischen Kredit" Deutschlands zu gefährden (Kerscher 1992; Clements 1993; Seeber 1993; Hennis 1993; Craig 1993).

Die Verbindung der deutschen mit der europäischen Frage enthält ohnehin Irritationen genug. Durch die deutsche Einheit genießt die vormalige DDR alle Vorteile der Europäischen Gemeinschaft. Vor allem Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei und Ungarn müssen sich benachteiligt fühlen, wenn dieser Teil Deutschlands, der zusammen mit dem Deutschen Reich den Krieg verloren hat, als erstes Land des ehemaligen Ostblocks die Chance des wirtschaftlichen und sozialen Aufschwungs erhält. Die Assoziierungsverträge der Europäischen Gemeinschaft mit den Staaten Ostmitteleuropas und die Ausgleichsverhandlungen angesichts der transnationalen Asylantenwanderungen sind deshalb unter deutscher Perspektive von besonderer Wichtigkeit.

Befürchtungen unserer Nachbarvölker, daß Deutschland den Maßstab nicht nur für die wirtschaftliche und gesellschaftliche, sondern auch für die politische Ordnung Osteuropas festlegen wird und dadurch eine hegemoniale Rolle in ganz Europa übernehmen könnte, sind nicht von der Hand zu weisen. Gregor Schöllgen spricht ganz selbstverständlich von einer "Großmacht Bundesrepublik". Noch Ende 1989 lobte Margaret Thatcher den Warschauer Pakt als Garanten des Friedens und der Stabilität der Nachkriegszeit und sprach sich für die Präsenz sowjetischer Truppen auf dem Gebiet der DDR aus. Der katholische polnische Ministerpräsident Tadeusz Masowiecky lehnte sich bis 1989 sicherheitspolitisch an Moskau an und setzte damit die Politik des ehemaligen kommunistischen Regimes in Polen fort. Der tschechoslowakische Staatspräsident Vaclav Havel befürwortete einen Verbleib amerikanischer Truppen in Deutschland, um die Stabilität in Europa zu gewährleisten. Zu Zeiten des Golfkrieges äußerte ein englischer Beobachter des "Observer": "Die 'german otherness' sei derzeit der gefährlichste Mythos in Europa". Überhaupt häufen sich Nachrichten von den westlichen Nachbarn Deutschlands, die der Vorstellungswelt der Zeit vor oder kurz nach dem Ersten Weltkrieg entsprungen zu sein scheinen. Dies gilt für Beiträge zur Politik der Europäischen Gemeinschaft gegenüber den jugoslawischen Völkern wie für Äußerungen zur alten französisch-polnischen Freundschaft und Beschwörungen der Entente cordiale zwischen Frankreich und Großbritannien oder die Furcht vor dem Geist von Rapallo (Fest 1992; Maier 1990; Heimrich 1992; Rometsch 1993; Wolffsohn 1992, 142).

Auch wenn dieses Mißtrauen aus deutscher Sicht unbegründet erscheint, bedarf es zur Überwindung politischer Maßnahmen. Der Moskauer Vertrag zum Abschluß der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, der Deutschland-Brief an die Siegermächte und die Deutschland-Erklärung der vier Siegermächte haben die Weichen gestellt und Rahmenbedingungen festgelegt. Damit sind auch Möglichkeiten aufgezeigt, die NATO als militärische Organisation des Westens mit politischen Aufgaben zu betrauen und ihre Struktur den künftigen Gegebenheiten in Europa anzupassen. Der Anfang wurde bereits auf der NATO-Gipfelkonferenz in London 1989 gemacht. Die Frage ist, ob sich die NATO mit der KSZE kooperierend abstimmen und durch Öffnung gegenüber den ostmitteleuropäischen Staaten zu einer echten Regionalorganisation der Vereinten Nationen werden kann, was sie bisher nicht ist. Die Entwicklung scheint mit der Intervention der NATO im Jugoslawienkonflikt eingeleitet zu sein, nachdem sich bis heute die Westeuropäische Union und die KSZE als Ordnungsmächte in Europa als unwirksam erwiesen haben.

5 Die politische Integration Europas als Aufgabe

Die Ängste unserer Nachbarn können aber auf lange Sicht nur durch die europäische Integration, durch die Herstellung der Einheit Europas, überwunden werden. Einer grundsätzlichen Änderung der deutschen Politik bedarf es dazu nicht. Bisher schon war die fortschreitende Intensivierung der internationalen Beziehungen eine wichtige Maxime, um Gewalt als Mittel der Politik auszuschließen. Das Ende des Zeitalters der Ideologien oder des "Weltbürgerkrieges", wie Ernst Nolte formulierte, ließ endgültig anstelle der Unversöhnlichkeit der Prinzipien die Ausgleichbarkeit der Interessen treten. Die Rüstungspotentiale der Supermächte hatten schon seit geraumer Zeit ein Kostenniveau erreicht, das eine Steigerung nicht mehr zuließ. Die Einsicht, daß die Schwächung des Gegners nicht mehr unbedingt zur Stärkung der eigenen Position führen mußte, erzwang die Bereitschaft zur Rüstungsbeschränkung. Da sich die militärischen Gewichte innenpolitisch als belastend und außenpolitisch als sinnlos erwiesen, führten die Reformprozesse in den Staaten Mittel- und Osteuropas, mehr unbeabsichtigt als gewollt, zum Zusammenbruch des Wirtschaftsbündnisses COMECON und des militärischen Bündnisses des Warschauer Paktes sowie zur Auflösung der Sowjetunion. Beschleunigt wurden diese Entwicklungen durch den Mangel an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie durch die Mißachtung der Menschenrechte. Eine neue Utopie zeichnet sich in Osteuropa nach dem Auslaufen des Sozialismus nicht ab. Sollte der Mensch ohne eine utopische Hoffnung letztlich nicht leben können, erklärt sich die tiefe Depression, die vielfach bei den Bürgern der ehemaligen kommunistischen Staaten anzutreffen ist. Materielle Hilfen sind lebenswichtig, können aber nicht jene Zuversicht bewirken, die eine emotionale Identifikation mit der Zukunft eines politischen Systems voraussetzt. Die Rückkehr der östlichen Länder nach Europa sollte die Wiedergewinnung mitteleuropäischer Lebensformen als eigenes geschichtliches Erbe zur Grundlage haben. Die notwendige Rekonstruktion der nationalen Identität muß dabei der Beseitigung eines Europadefizits dienen und darf nicht mit antiquierter nationalistischer Selbstüberschätzung verwechselt werden. Die Europäische Gemeinschaft kann die Rahmenbedingungen schaffen, aber Aufgabe der Länder Osteuropas ist es, die "innere" Einheit mit Europa wiederherzustellen. Überspitzt ausgedrückt: Die Pluralität Europas ist "unvollständig", wenn der bedeutende Beitrag Mittel- und Osteuropas fehlt (Nolte 1991; Kennedy 1989; Geyer 1992; Maier 1992; Leimbacher 1991).

Zu den Lebensbedingungen des europäischen Nationalstaates gehören Wachstum, technischer Fortschritt und Modernität. Diese Überlebensstrategien verursachten schon bisher unaufhebbare transnationale Verflechtungen. Die Entwicklung wird sich angesichts der Notwendigkeit des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen, der Zwänge der Informationsgesellschaft und der dritten industriellen Revolution weiter beschleunigen. Die Nationalstaaten im traditionellen Sinn verlieren zwangsläufig an Gewicht. Die wechselseitigen Abhängigkeiten nehmen zu und verstärken sich, auch wenn dies der Öffentlichkeit nicht hinreichend bewußt ist (Rüchardt 1992, 36; Sturm 1992, 25). Der politische Rahmen für die Lösung der zwischenstaatlichen Probleme kann nur Europa sein. Dauerhafte übernationale europäische Interessen bestehen, wie sie im KSZE-Prozeß immer wieder zum Ausdruck gebracht werden, vor allem in den Bereichen Sicherheit, Umwelt, Energie, Verkehr, Menschenrechte und Migration. Die Deutschen können aus den allseitigen eigenen Erfahrungen wichtige Beiträge zur Lösung der sich damit verbindenden politischen Probleme leisten.

Jean Monnet, Robert Schuman und Konrad Adenauer teilten die politische Überzeugung, Vertrauen durch gemeinsame Interessen und gemeinsame Institutionen schaffen zu können. Hierin liegen Idee und Ratio der westeuropäischen Einigung. Die deutsche Wiedervereinigung bricht die Fronten zum östlichen, bisher ausgeschlossenen Teil Europas auf. Die Rolle, die die Bundesrepublik Deutschland bei der westeuropäischen Integration spielte, kann das ganze Deutschland auch bei der gesamteuropäischen Integration anstreben. Das Vertrauenskapital der Bundesrepublik ist groß und die Menschen in Mittel- und Osteuropa haben erkannt, daß Deutschland, eingebunden in Europa, auch eine zentrale Bedeutung für die Entwicklung ihrer Staaten hat.

Jenseits aller Europa-Mystik bedarf es überzeugender Zielvorgaben. Erst die daraus wachsenden gemeinsamen politischen Visionen führen nicht nur zum Zusammenleben, sondern auch zum gegenseitigen Verstehen der europäischen Völker. Einem europäischen Nationalstaat kann nicht das Wort geredet werden. Ein Europäischer Bund könnte eine "parastaatliche Superstruktur", ein "unvollendeter Staat" sein, wie Walter Hallstein schon 1969 sagte, keine traditionelle Organisation, ein Gebilde sui generis, das nicht durch das Mehrheits- vielmehr durch das Konkordanzprinzip handlungsfähig ist (Hallstein 1974, 43). Auf einer zweiten Ebene bestehen die Nationalstaaten fort. Da sie nicht mehr souverän im materiellen Sinne des klassischen Völkerrechtes sind, müßte ihre verfassungsrechtliche Einbindung auf europäischer Ebene grundsätzlich möglich sein. Diese Maßnahme verringerte nicht nur das Europadefizit und machte die politischen Entscheidungsprozesse transparenter, sondern reduzierte auch das Gewicht der nationalen Bürokratien. Diese Entwicklung liefe ebenso auf eine Stärkung der Länder bzw. Regionen hinaus, wobei sie allerdings von den Gemeinden, der vierten Ebene, unterstützt, auch kontrolliert werden könnten. Ein Europa der Regionen besitzt ebenso Verfassungskraft wie das "ius commune europaeum".

Die allseits zu beobachtenden Auseinandersetzungen im Grundsätzlichen weisen zurück in nationale und partikuläre Kleinmütigkeit. Es gibt kein Zurück. "Deutschland oder Europa? Wer das eine nicht bejaht, wird das andere verspielen" (Seebacher-Brandt 1991). Nachdem die verschiedenen Verfassungsebenen bereits politische Wirklichkeit sind, kann es nicht mehr darum gehen, einerseits das Rad der Geschichte zurückzudrehen oder andererseits in machtpolitische Positionskämpfe zu verfallen, sondern doch in erster Linie um die Frage, welche Kompetenzen im Interesse des Gemeinwohls vernünftigerweise wel-

cher Ebene zuzuordnen sind. Der Weg zur Einheit Europas ist ein rationaler Prozeß und nicht Sache populistischer Bewegungen. Es ist der Weg "De l'Europe de la nécessité à l'Europe de l'idéal" wie Jacques Delors betont. Deswegen bedarf es fester Verfassungsgrundsätze, die im wesentlichen mit dem Erfordernis des föderalistischen Ausbaus, der Hilfe zur Selbsthilfe (Subsidiarität), der Bewahrung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und der sozialen Marktwirtschaft umschrieben werden können. Das Konkordanzgebot im Sinne dieser gemeinsamen Werte ist geeignet, ein europäisches ("Staats"-)Bürgerbewußtsein, ein "Europa der Bürger" zu entwickeln (Rovan, *Identités*, 1992; Rován, *Europa*, 200; Morin 1991). Die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft ist damit inhaltlich vorgezeichnet. Um die Kerngemeinschaft gruppieren sich in einem "Europa der konzentrischen Kreise" weitere beitragswillige Staaten mit auf Zeit abgestuften Rechten.

Die Zeit drängt. Sieht man die drohenden Gefahren, sollte eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik schon verwirklicht sein. Extremismus, Asylprobleme, moderne Völkerwanderungen, Bürgerkriege in der zerfallenen Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) sowie auf dem Balkan und als existentielles Problem die "vagabundierenden Atombomben" sowie die unsicheren Atomkraftwerke zeigen, daß in Europa größere militärische Konflikte wieder möglich und sogar wahrscheinlich sind. Aus all diesen Gründen forderte bereits vor geraumer Zeit Karl Popper, daß Kriege für den Frieden geführt werden müßten. Es ist nicht falsch sich an die religiöse Substanz der europäischen Kultur zu erinnern, wie es Novalis in seinem Essay "Die Christenheit oder Europa" so eindringlich getan hat.

Deutschland ist heute für Europa annehmbar und Europa auch für Deutschland. Wollte man seine Rolle mit Begriffen, wie "Makler", "Brücke" oder "Vermittler" kennzeichnen, so könnte dies geschichtliche Irrtümer wieder aufleben lassen und ginge an der Wirklichkeit vorbei. Deutschland hat keine Sonderfunktion. Es sollte den Weg der Normalität wählen und die adäquate Stellung in der europäischen Staatengemeinschaft einnehmen. Die Deutschen werden dabei an ihren obengenannten politischen Werten festhalten (Weidenfeld/Korte 1991). Schließlich handelt es sich hierbei nicht nur um die Säulen ihrer politischen Ordnung, sondern auch um die ihres politischen Erfolges. Zum ersten Mal in der Geschichte der Neuzeit besteht die Chance, daß die Deutschen und ihre Nachbarn die Frage nach der wünschenswerten politischen Ordnung in gleicher Weise beantworten.

Literatur

- ALLEMANN, F.R., Bonn ist nicht Weimar, Köln, Berlin 1956.
- ARETIN, K.O. v., Das Reich. Friedensgarantie und europäisches Gleichgewicht 1648 - 1806, Stuttgart 1986.
- BRACHER, K.D., Politik und Zeitgeist. Tendenzen der siebziger Jahre, in: Bracher, K.D., W. Jäger und W. Link, *Republik im Wandel 1969 - 1974. Die Ära Brandt (= Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. V/I)*, Stuttgart, Mannheim 1986.
- BURCKHARDT, J., *Der Dreißigjährige Krieg*, Frankfurt am Main 1992.
- DANN, O., *Nation und Nationalismus in Deutschland 1770 - 1990 (= Beck'sche Reihe 494)*, München 1993.

- CLEMENTS, G., Gelassenheit in der Sackgasse. Eine Tutzingener Tagung über die Anst vor Deutschland, in: Bayerische Staatszeitung vom 26. März 1993.
- CRAIG, G.A., Kein Grund zur Panik. Warum sehen die Deutschen nur immer so schwarz? Anmerkungen eines Amerikaners, in: Süddeutsche Zeitung vom 27./28. März 1993.
- CRAIG, G.A., "Wozu diese ewige Nabelschau?", in: Süddeutsche Zeitung vom 25. März 1993.
- DÖPMANN, H.-D., Der Einfluß der Kirche auf die moskowitsche Staatsidee, Berlin 1967.
- DUCHHARDT, H., Gleichgewicht der Kräfte, Couvenance, europäisches Konzert (= Erträge der Forschung, Bd. 56), Darmstadt 1976.
- DUCHHARDT, H., Altes Reich und europäische Staatenwelt 1648 - 1806 (= Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 4), München 1990.
- FEST, J., Nicht wie alle Welt. Immer wieder das deutsche Sonderbewußtsein: Aktuelle Anmerkungen zu einer Debatte von Gestern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. Juni 1992.
- GEYER, D., Zerfall und neue Nationalismen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Mai 1992.
- GOLLWITZER, H. Zur Wortgeschichte und Sinndeutung von "Europa", in: Saeculum, H. 2, Jg. 1951, 161 - 172.
- HALLSTEIN, W., Die Europäische Gemeinschaft, Düsseldorf, Wien 2. Auflage. 1974.
- HAMMERSTEIN, N., Voltaire und die Reichspublizistik, in: Brockmeier, P., R. Desné, J. Voss, Hg., Voltaire und Deutschland. Quellen und Untersuchungen zur Rezeption der Französischen Aufklärung, Stuttgart 1979, 327 - 342.
- HEIMRICH, B., Die Angst auf der Sandbank. Das Deutschland-Syndrom im britischen Gemüt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. Oktober 1992.
- HENNIS, W., Man wird das Grundgesetz nicht wiedererkennen, in: Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 18. Februar 1993.
- HENNIS, W., Auf dem Weg in ganz andere Republik, in: Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 26. Februar 1993.
- IMHOF, A.E., Die verlorenen Welten. Alltagsbewältigung durch unsere Vorfahren - und weshalb wir uns heute so schwer damit tun, München 1984.
- JEDIN, H., Hg., Handbuch der Kirchengeschichte, Bd. V, Freiburg im Breisgau 1970/1985.
- KENNEDY, G., Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000, Frankfurt/M. 1989 (orig. engl. 1987).
- KERSCHER, H., Verfassungsrichter Grimm im Hörsaal: Volksentscheid über Maastricht, in: Süddeutsche Zeitung vom 19/20. Dezember 1992.
- KISSINGER, H.A., Großmachtdiplomatie. Von der Staatskunst Castlereaghs und Metternichs, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1973.
- KOSELLECK, R., Volk, Nation, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Hg. v. O. Brunner, W. Conze, R. Koselleck, Bd. 7, Stuttgart 1992, 302 - 337.
- LEIMBACHER, U., Westeuropäische Integration und gesamteuropäische Kooperation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 45/91, 3 - 12.
- LEMBERG, E., Nationalismus, I: Psychologie und Geschichte, Reinbek bei Hamburg 1964.
- LEPSIUS, M.R., Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des "Großdeutschen Reiches", in: Kultur und Gesellschaft. Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentags ..., Frankfurt/M. 1989, 247 - 264.
- LESCOURRET, M.-A., Rubens, Paris 1990.
- LIPGENS, W., Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945 - 1947, Erster Teil: 1945 - 1947, Stuttgart 1977.
- LOTH, W., Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939 - 1957, Göttingen 1990.
- MAIER, Ch.S., Die Gegenwart der Vergangenheit. Geschichte und nationale Identität der Deutschen, Frankfurt/M., New York 1992 (orig. engl. 1988).

- MAIER, G., *Die Wende in der DDR*, Bonn 1990.
- MAIER, H., *Von der Geschichte aufgewühlt. Erst eine neue Ethik kann das Erbe der Diktaturen abtragen*, in: *Rheinischer Merkur* vom 25. Dezember 1992.
- MEINECKE, F., *Die Idee der Staatsraison in der neueren Geschichte*. Hg. W. Hofer, München 3. Aufl. 1963.
- METZGER, H.-D., *"Thomas Hobbes und die Englische Revolution." 1640 - 1660 (= Questiones I)*, Stuttgart 1991.
- MÖLLER, H., *Fürstenstaat oder Bürgernation, Deutschland 1763 - 1815 (= Die Deutschen und ihre Nation)*, Berlin 1989.
- MORIN, E., *Europa denken*, Frankfurt/M., New York 1991 (orig. frz. 1987).
- NOLTE, E., *Die unvollständige Revolution*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 24. Januar 1991.
- ROMETSCH, D., *Pro und Contra Maastricht - eine interdisziplinäre Debatte*, in: *Integration*, H. 1, 1993, 47 - 53.
- ROVAN, J., et G. KREBS, eds, *Identités nationales et Conscience européenne*, Publications de l'Institut d'Allemand d'Asnières, N. 16, 1992.
- ROVAN, J., *Europa der Vaterländer oder Nation Europa?*, in: *Merkur*, 516, 1992, 200 - 209.
- RÜCHARDT, H., *Zum Kompetenzverlust der öffentlichen Meinung im Industriestaat Bundesrepublik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 11/92, 36 - 44.
- SCHAEDEER, H., *Moskau - das dritte Rom. Studien zur Geschichte der politischen Theorien in der slawischen Welt*, Darmstadt 2. Aufl. 1957.
- SCHIERA, P., *Laboratorium der bürgerlichen Welt. Deutsche Wissenschaft im 19. Jahrhundert*. Frankfurt/M. 1992.
- SCHÖLLGEN, G., *"Die Macht in der Mitte Europas"*, München 1992.
- SCHULIN, E., *Weltbürgertum und deutscher Volksgeist. Die romantische Nationalisierung im frühen neunzehnten Jahrhundert*, in: Martin, B., Hg., *Deutschland in Europa. Ein historischer Rückblick*, München 1992, 105 - 125.
- SEEBACHER-BRANDT, B., *Deutschland oder Europa?*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 20. April 1991.
- SEEBER, D., *Ein kleiner Wurf mit großen Details. Zur laufenden Arbeit der gemeinsamen Verfassungskommission*, in: *Herder-Korrespondenz*, H. 1, 1993, 34 - 39.
- SPIES, W., *Picasso - die Zeit nach Guernica*, in: *Picasso - die Zeit nach Guernica 1937 - 1973. Ausstellung* H. Bastian und W. Spies, Text W. Spies, Stuttgart, Bonn 1993, 11 - 59.
- STEIN, K., *Rfhr. v. u. z., Briefwechsel, Denkschriften und Aufzeichnungen*, bearb. vo. E. Botzenhart, Berlin 1933.
- STERNBERGER, D., *Verfassungspatriotismus*, Hannover 1982.
- STOLLEIS, M., *Reichspublizistik und Reichspatriotismus vom 16. zum 18. Jahrhundert*, in: *Aufklärung, Interdisziplinäre Halbjahresschrift zur Erforschung des 18. Jahrhunderts und seiner Wirkungsgeschichte*, H. 2, 4. Jg., 1991, 7 - 23.
- STÜRMER, M., *Kein Eigentum der Deutschen: die deutsche Frage*, in: Weidenfeld, W., Hg., *Die Identität der Deutschen*, München, Wien 1983, 83 - 101.
- STURM, R., *Regionalisierung der Industriepolitik? Die Suche der Bundesländer nach einer flexiblen Antwort auf den neuen europäischen Wirtschaftsraum*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 11/92, 25 - 35.
- O.V., *Eine Verfassung für Deutschland. Ein Gespräch in der Katholischen Akademie in Bayern am 25. und 26. September 1992*, in: *Zur Debatte*, Nr. 6, 1992.
- WOLFFSOHN, M., *Der außenpolitische Weg zur deutschen Einheit. Das Ausland und die vollendeten Tatsachen*, in: Jesse, E., und A. Mitter, Hg., *Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte - Politik - Gesellschaft*, Bonn, Berlin 1992, 142 - 162.
- WEIDENFELD, W., und K.-R. KORTE, *Die Deutschen - Profil einer Nation*, Stuttgart 1991.